

[Transcript] Echo der Zeit / Korruptions-Verdacht bei der Ruag

Radio-SRF Echo der Zeit mit Matthias Kündig Und das beschäftigt uns am Mittwoch dem 23. August. Weiteres Ungemach für den Schweizer Rüstungskonzern Ruag. Diesmal geht es um mutmaßliche Korruption beim Handel mit Panzerersatzteilen. Mehr Informationen zu unseren Recherchen gibt's gleich als erstes. Dann erstet selber nicht auf der Bühne und spielt dennoch die Hauptrolle, wie der russische Präsident Putin den Gipfel der Bricksstaaten dominiert. Ein scheinbar unbescholtenes Ehepaar mit hübschem Vorgarten, das aber im Geheimen für Russland spioniert. Immer häufiger fliegen sogenannte Schläfer der russischen Geheimdienste auf. Die russischen Dienste sehen sich in einem existenziellen Kampf um den Platz von Russland in der Welt und das lässt sie sehr hohe Risiken eingehen, auch sehr aggressive Operationen durchführen. Sagt der Geheimdienste-Experte Adrian Henne im Echo-Gespräch. Und einst tummelten sich in der ukrainischen Hafenstadt Odessa die Reichen und Schönen. Seitdem immer wieder russische Raketen, die statt angreifen, sind Clubs und Hotels aber meist leer. Früher hatten wir hier viele Touristen, sagt ein Hotelchefin in Odessa, im heutigen Echo der Zeit. Die Rüstungsfirma Ruak kommt nicht aus den Negativschlagzeilen. Am Montag hat der Bundesbetrieb über neue Ungereimtheiten informiert bei Geschäften mit ausrangierten Leopard-Eindpanzern. Jetzt zeigen Recherchen von Radio SRF, es geht um mutmaßliche Korruption im Handel mit Ersatzteilen zum Leopard-1. Aus dem Bundeshaus Dominic Meier. Pferden ist eine beschauliche Kleinstadt im norddeutschen Bundesland Niedersachsen und Schauplatz von Ermittlungen rund um Ruakgeschäfte mit Leopard-1-Panzern, genauer mit Ersatzteilen für diese Panzer. Es soll zu Bestechung gekommen sein. Die zuständige Staatsanwaltschaft bestätigt Recherchen von Radio SRF und schreibt, Zitat. Bei der Staatsanwaltschaft Pferden, Zentralstelle für Korruptionsbekämpfung, wird ein Ermittlungsverfahren gegen fünf deutsche Staatsangehörige wegen des Verdachts der Untreue, der Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr geführt. Gegenstand sind Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Handel mit Ersatzteilen für militärisches Gerät. Seit 1,5 Jahren sind die deutschen Ermittlerinnen und Ermittler an der Arbeit. Zweimal haben sie die Schweizer Volkreich um Rechtshilfe ersucht. Das Bundesamt für Justiz und die Schweizer Bundesanwaltschaft bestätigen das auf Anfrage. Die Rechtshilfe gestützt auf das zweite Gesuch ist derzeit noch am Laufen. Die ganze Panzeraffäre geht zurück auf einen Rüstungshandel vor sieben Jahren. Die Ruak kaufte damals in Italien 100 Leopard 1 und dazugehörige Ersatzteile, schon damals mit der Idee, die Panzer oder Panzerteile später weiter zu verkaufen. Welche Rolle die fünf Beschuldigten genau spielten beim späteren Handel mit diesem Gerät, wie es zur mutmaßlichen Korruption kam? Diese Frage lassen sowohl die Staatsanwaltschaft Pferden als auch die Ruak heute unbeantwortet. Nach Informationen von Radio Esref ist auch ein früherer Ruak-Mitarbeiter im Visier der Strafverfolgungsbehörden. Doch auch dazu äußern sich Ruak und Staatsanwaltschaft nicht. Ruak-Sprecher

[Transcript] Echo der Zeit / Korruptions-Verdacht bei der Ruag

Silvan Gruber aber sagt, wir von Ruak haben Kenntnis dieses Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft

in Pferden und wir unterstützen die Untersuchung. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

Die Leopard 1-Affäre also wird auch zur mutmaßlichen Korruptionsaffäre und das ist noch nicht die ganze Geschichte. Unabhängig davon erhebt ein deutsches Logistikunternehmen Anspruch auf 25 der Panzer. Die Firma hatte sie offenbar gekauft, aber nicht abgeholt. Trotz dieser großen rechtlichen Unklarheit wollte die Ruak Anfang dieses Jahres sämtliche verfügbaren Panzer nach Deutschland verkaufen mit Endziel Ukraine. Der Bundesrat allerdings lehnte dieses politisch heikle Geschäft ab. Das umstrittene Ukraine-Geschäft also, die Ansprüche einer deutschen Firma auf 25 der Panzer und seit heute bekannt die Korruptionsermittlungen. Die Liste von

Problemen bei der Ruak ist lang. Hinzu kommt, dass der Konzern seit kurzem führungslos ist. Die bisherige Chefin musste nach umstrittenen Äußerungen zur Schweizer Neutralität zurücktreten. Die Ruak selbst und Verteidigungsministerin Viola Amherd haben Anfang Woche je eine Untersuchung in Auftrag gegeben zu den Wiren beim Rüstungsbetrieb. Dominik Meier hat recherchiert. Nun zur Nachrichten über sich des Tages von Konrad Musch und da geht es zunächst um den Grundsatz Keine Gewalt in der Erziehung. Diesen will der Bundesrat ins Zivilgesetzbuch schreiben. Eltern würden dadurch verpflichtet, bei der Erziehung ihrer Kinder keine körperliche Bestrafung oder andere formende Gewalt einzusetzen. Gewalt gegenüber Kindern ist heute schon verboten. Die Kinder

sind durch das Strafrecht geschützt. Mit einer neuen Gesetzesbestimmung im Zivilgesetzbuch soll außerdem die Prävention gestärkt werden, teilt der Bundesrat mit. Etwa sollen so Beratungs- und Hilfsangebote ausgebaut oder der Zugang dazu verbessert werden. Die Ausbildung von Pflegefachleuten

soll ab Mitte 2024 mit Bundesgeldern gefördert werden. Das hat der Bundesrat entschieden. Er will bis zu 1 Milliarde Franken zur Verfügung stellen und schlägt auch weitere Maßnahmen vor, um den Mangel an Pflegefachleuten zu bekämpfen. Die Maßnahmen gehen nun in die Vernehmlassung. Der Bundesrat schreibt, er wolle so einen wichtigen Teil der Pflegeinitiative rasch umsetzen. Die Initiative wurde vom Volk im November 2021 angenommen. Die Schweizerische Post hat im ersten Halbjahr 2023 weniger verdient. Sie hat von Januar bis Juni 118 Millionen Franken Gewinn gemacht. Das sind gut 140 Millionen Franken weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres. Als Begründung gibt die Post unter anderem an, dass erneut weniger Briefe und Pakete verschickt worden sind und auch die Einkünfte aus dem Zahlungsverkehr seien zurückgegangen. Heute morgen sind wieder erste Güterzüge durch den Basistunnel gefahren, knapp zwei Wochen nach dem Unfall am Gott hat. Eine der beiden Röhren sei um Mitternacht wieder in Betrieb genommen worden,

sagt die SBB. Wer ins Tessin reisen will, muss aber weiter mit längeren Fahrzeiten rechnen, denn die Züge im Personenverkehr werden bis auf weiteres über die Gott hat Bergstrecke umgeleitet.

Mit der nächsten Meldung verlassen wir kurz die Erde. Als viertes Land ist Indien am Nachmittag erfolgreich auf den Mond gelandet. Die unbemannte Raumsonde Chandrayaan 3 setzte sanft in der Nähe des Südpols des Mondes auf, wie in einer Liveübertragung der indischen Weltraumbehörde zu sehen und zu hören war. In den nächsten zwei Wochen soll ein Mondroboter nun das Gebiet am

Südpol

erkunden und nach Wasser suchen. Fachleute erwarten von der Mission zwar keine großen wissenschaftliche Erkenntnisse, für die indische Raumfahrt ist sie aber ein prästischsträchtiger Erfolg, denn erstmals war eine Landung am Südpol des Mondes erfolgreich. Das Geschlecht und den eigenen Namen beim Standesamt unkompliziert ändern lassen. Das soll künftig für Menschen in Deutschland möglich sein. Die deutsche Regierung hat das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz auf den

Weg gebracht. Aktuell können Geschlecht und Vornamen in Deutschland erst nach einem psychologischen Gutachten und einem Gerichtsentscheid geändert werden. Kritik am neuen Gesetz in

Deutschland gibt es von der Opposition. Diese befürchtet, dass sich Menschen Vorteile erschleichen könnten, wenn sie ihren Geschlechtseintrag einfach ändern können. In Spanien hat der Chef der konservativen Volkspartei Alberto Nunez Fejo gut einen Monat Zeit, um eine Regierung zu bilden. Den Auftrag dazu hatte der bisherige Oppositionsführer von König Felipe erhalten. Nun hat die Präsidentin

des spanischen Unterhauses angekündigt, dass das Parlament erst ab dem 26. September über eine mögliche Regierung unter Fejo diskutieren werde. So soll er genügend Zeit für Verhandlungen mit anderen Parteien erhalten. Bei den Parlamentswahlen vor einem Monat wurden die Konservativen von

Fejo zwar stärkste Kraft, kamen aber auf keine Mehrheit im Parlament. Die Börsendaten von 18 Uhr 9 geliefert von 6. Der Swiss Market Index schließt bei 10.974 Punkten ein Plus von 0,9 Prozent. Der Dow Jones Index in New York steigt um 0,4 Prozent. Der Euro wird zu 95 Rappen 40 gehandelt, der Dollar zu 87 Rappen 87. Nun noch zum Wetter und das dürfte wohl sonnig und heiß bleiben, Konrad Muschk. Ja, am Abend ist es meist klar und es bleibt warm. Morgen ist es zunächst sonnig, tagsüber bilden sich aber vermehrt Quellwolken und vor allem über den Bergen entstehen lokale Gewitter. Es bleibt aber heiß bei 31 bis 36 Grad. Zum Gipfel der Bricksstaaten in Südafrika. Vladimir Putin ist zwar nicht nach Johannesburg gereist, denn der russische Staatschef hätte dort wegen des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs gegen ihn mit seiner Verhaftung rechnen müssen. Doch der Kremlchef ist am Gipfel per Videoschaltung überaus präsent. Es gelingt ihm

verblüffend gut, dem Gipfel seinen Stempel auch zu drücken und seine Lesart des russischen Kriegs gegen die Ukraine durchzusetzen. Aus Johannesburg berichtet Fredyk Steiger. Eine Tanzgruppe begrüßt Russlands Außenminister Sergei Lavrov bei seiner Ankunft auf dem Johannesburger Flughafen. Der gibt sich jovial und wippt ein paar Takte mit. Später darf er dann aufs traditionelle Gipfelfamilienfoto mit den Staatschefs der übrigen Bricksmitglieder Brasilien, Indien, China und Südafrika. Doch nicht Lavrov spricht für Russland auf dem Spitzentreffen, sondern Präsident Vladimir Putin selber, der sich regelmäßig zuschalten lässt. Er nutzt die Plattform, um das westliche Vormachtstreben zu geißeln und spricht von Neokolonialismus. Seine imperialistisch motivierte Invasion in die Ukraine deutet er, um in einem Verteidigungskrieg gegen den alles dominierenden Westen. Das habe Russland sozusagen zum Angriff gezwungen. Putin soll sich gewaltige Ärger haben, auf dem Bricks Gipfel nicht physisch präsent sein zu können. Es gelingt ihm nun aber bestens, die Kreml Anliegen auf die Agenda zu setzen. Für die drei demokratischen Bricks mit Glieder Brasilien Südafrika und Indien ist der Krieg gegen die Ukraine weit weg. Mal direkt, mal indirekt werfen sie den besten vor,

ihm zu viel Gewicht beizumessen und Konflikte in der dritten Welt zu ignorieren. Brasiliens Präsident Luis Ignacio Lula da Silva spricht zwar von den Folgewirkungen des Konflikts, auch auf sein Land, doch kein Wort der Missbilligung an Moskau Adresse ist von ihm zu hören.

Es müsse nun rasch ein Waffenstillstand her, ob schon das schwierig sei.

Dass die Ukraine dabei de facto schon mal rund 20% ihres Staatsgebiet preisgebe, lässt er unerwähnt. Südafrikas Präsident Siridramaphosa hat für

Russland sogar Lob übrig. Stets habe es enge Beziehungen zu afrikanischen Ländern gepflegt.

Russia has always had really good and meaningful relations with African countries.

Indiens Premier Narendra Modi hält sich in der Ukraine Frage bedeckt,

er will seine Schaukelpolitik zwischen China und dem Westen fortführen.

Allein die Tatsache, dass der Ukraine-Krieg auf dem Bricks Gipfel kein großes Thema ist,

ganz anders als vor drei Monaten auf dem Treffen der G7-Staaten,

darf Putin als Erfolg verbuchen. Der Aufruf der EU, die Bricks Länder

müssen die russische Invasion verurteilen, ist chancenlos. Es wird am Ende kein Wort der Kritik

an Moskau in der Gipfel-Erklärung auftauchen. Der Hauptgrund ist natürlich, dass sich China,

die dominierende Macht innerhalb der Bricks, immer entschiedener an Russland Seite stellt.

Präsident Xi Jinping kritisiert die Pervertierung des Völkerrechts durch den Westen scharf.

Er greift explizit die USA an. Sie seien der Feind der Schwellen und Entwicklungsländer.

Xi will die Bricks Gruppe umbauen und ausweiten zur mächtigen Gegenkraft zu westlichen Organisationen,

so mächtig, dass sie möglichst bald global den Ton angibt. In Russland,

das dringend verbündete braucht, findet er für dieses Unterfangen einen willigen Alliierten.

Washington gibt sich nach außen gelassen. Sicherheitsberater Jake Sullivan will die

Bricks nicht als geopolitischen Rivalen sehen.

Dafür sei die Bricks Gruppe zu uneinig.

Ein bisschen klingt das Nachpfeifen im Wald. Die USA wollen entweder nicht sehen oder nicht einräumen, dass da ein ernstzunehmender Herausforderer heranwächst.

Sie hören da sicherer Zeit auf Radio SRF mit diesen weiteren Schauplätzen.

Mali wurde alte Konflikt zwischen der Tuareg und der Armee wieder zu eskalieren droht.

Ungarn, wo Schweizer Unterstützungsmillionen hinfließen, obwohl der Umgang der Ungarischen

Regierung mit Hilfgeldern Fragen aufwirft. Die russischen Geheimdienst-Zentralen, wo man

auf riskante Aktionen setzt, um im Ausland an geheime Informationen zu kommen. Und Odessa,

die vormals russisch geprägte Stadt in der Ukraine, wo die Wut auf Russland mit jedem

Raketenangriff gröÙe wird. Dazu eine Reportage am Schluss dieses Echerer Zeit.

Seit dem Militärputsch vor knapp einem Monat schaut die Welt gebannt auf Niger. Dabei gehen

beunruhigende Nachrichten aus dem Nachbarland Mali etwas unter. Denn dort droht seit einigen

Wochen der alte Konflikt zwischen den Tuareg und der Mali-Shanamä neu aufzuflammen. Zur

Erinnerung,

vor gut zehn Jahren kämpften die Tuareg im Norden Malis mit Waffengewalt für die Unabhängigkeit.

2015 wurde dieser Konflikt befriedet und dafür Unoblauhelme stationiert. Dieses Frühjahr

wurde das Friedensabkommen von 2015 aber aufgekündigt. Und auf Druck der Mali-Shanamä

müssen sich die Unoblauhelme vorzeitig aus dem Land zurückziehen. Die Tuareg berichten nun sie

sein von malischen Truppen und seltenen der Wagnergruppe angegriffen worden. Die Mali-Shanamä

[Transcript] Echo der Zeit / Korruptions-Verdacht bei der Ruag

spricht hingegen davon, sie habe bloß einen Angriff von Terroristen abgewährt. Ich habe Ulf Lessing von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mali gefragt, was über diese gewaltsame Auseinandersetzung gesichert sei. Ja, gesichert ist nur, dass es eben eine Auseinandersetzung gab zwischen Tuareg und der Margenamä angeblich auch unter Beteiligung von Russen. Was sich da jetzt abspielt, ist einfach, die UNO hat bislang das Friedensabkommen mehr oder weniger durchgesetzt. Die UNO hat geholfen, so einen Waffenstillstand zu erhalten und man merkt jetzt, dass sich das alles auflöst und es wird zu mehr solchen Vorfällen in den nächsten Monaten kommen. Bis Ende Jahr müssen sich die Unoblauhelme jetzt vollständig aus Mali zurückziehen. Ist das der Hauptgrund, weshalb nun eben die gewaltsamen Auseinandersetzungen wieder aufflammen? Ja, die UNO wurde viel kritisiert, dass sie eben nutzlos sei, wen ich gebracht habe. Aber man merkt schon, dass die Präsenz schon noch eine gewisse Stabilität gebracht hat. Jetzt haben wir eben Tausende Jobs gefunden dort und die UNO hatte den Start wegen der Ersatz. Und jetzt, wo sie sich zurückziehen, da werden jetzt in den nächsten Wochen sehr viel Menschen arbeitslos werden, viele Dienstleistungen eingestellt. Ich habe auch selbst schon Anrufe gekriegt von Berufsschülern oder anderen Menschen, die von der UNO gefördert wurden. Also da wird sehr viel Frust jetzt kommen und das wird dann sicherlich auch von den Turek ausgenutzt werden und gleichzeitig versucht die Malenscharmee im Norden aktiver zu werden. Also es wird mehr Konflikte geben. Ich habe es bereits erwähnt. Der Aufstand der Turek begann vor über zehn Jahren. Sie wurden einen unabhängigen Staat. Zeitweise verbündeten sie sich auch mit islamistischen Gruppierungen. 2015 dann das Friedensabkommen, das dann mit der Stationierung von UNO-Blauenhelmen auch umgesetzt wurden. Wie hat sich seither die Situation der Turek im Norden Malis verändert? Die Hoffnung der Turek auf einem eigenen Staat, die haben sich nicht erfüllt. Da gibt es auch sicherlich auch keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Es gab 2015 dieses Friedensabkommen, das sie erwähnen. Das wurde aber an beiden Seiten, zum einen von den bewaffneten Gruppen, den Turek und der Malischen Regierung, nicht wirklich umgesetzt. Da sollte eine gemeinsame Armee gegründet werden und mehr Rechte für die Ture im Norden Autonomie. Das ist alles nicht geschehen. Und es gab bislang das Einzige, was passiert ist, dass es eben keine Kämpfe gab zwischen beiden Seiten. Die derzeitigen Machthaber in Mali sind ja vor zwei Jahren durch einen Putsch an die Macht gekommen. Welche Politik verfolgen Sie gegenüber den Turek? Also es sieht so aus, das optimalische Armee im Norden wieder mehr Präsenz zeigen will. Man fühlt sich gestärkt durch die ganzen Rüstungsgeschäfte mit Russland. Da hat man Hubschrauber-Jets bekommen, eben die Söldner auch noch dazu und neue Waffen. Es sieht so aus, dass, ob man jetzt militärisch stark im Norden zeigen will, es gab wohl sogar auch schon Überlegungen, Richtung Qidals vorzustoßen. Das ist

sozusagen das Heimatgebiet der Turek. Und den Zwischenfall, den Sie am Anfang erwähnten, ist eben auch ein Beispiel dafür. Eigentlich sollte die Malsch-Armee dort nicht auftauchen, bevor es eben eine gemeinsame Armee gibt, so wie das 2015 beschlossen wurde. Und so von fühlen sie die Pro-Turek provoziert und die Malsch-Regierung fühlt sich gestärkt, da jetzt wieder als Ordnungsmacht mehr einzugreifen. Sie haben bereits Russland erwähnt und die Wagner-Söldner welche Rolle spielen, die dort ganz konkret im Norden mal ist?

Also bislang waren die Russen hauptsächlich im Zentrum tätig auf Wunsch der Malier, weil dort die Jihadisten aktiver sind. Und sie hatten auch mal eine Präsenz im Norden, waren da aber nicht sehr aktiv, auch deswegen, weil eben die UNO noch da waren. Man wollte sich nicht gegenseitig in die

Quere kommen, aber es sieht nun so aus, dass, ob die Russen auch im Norden mehr machen und auf jeden Fall haben sie den Maliern mehr Selbstbewusstsein gegeben, jetzt auch im Norden militärisch mehr zu

akkieren. Im Juni wurde in Mali eine neue Verfassung vom Volk gutgeheißen. Diese zentralisiert den Staat stärker und gibt dem Staatspräsidenten mehr Macht. Was heißt das für den Konflikt mit den Turek, die ja eigentlich Autonomie oder sogar die Unabhängigkeit möchten? Ja, die Turek waren dagegen. Das war auch in der Grunde, warum sie das Abkommen verschiedener Turegruppen gekündigt haben,

weil sie eben sehen, dass in der Verfassung jetzt nicht festgelegt wird, dass sie Autonomie und mehr Rechte bekommen. Und ja, sie fühlen sich benachteiligt, weil sie eben seit Unabhängigkeit sagen, der Staat findet verabzähltlich im Süden, im Bamako-Stadt, nicht im Norden, wo es wenig Staatspräsenz gibt. Und die Verfassung hat den Konflikt jetzt noch mal ein bisschen angeheizt. Bei dieser Gemengelorge läuft das unweigerlich auf einen neuen Bürgerkrieg hinaus.

Also es wird im Norden ungemütlicher sicherlich, es wird möglicherweise nie gar die Nachbarstaat betreffen. Die Hauptstadt Neme ist viel näher am Norden dran als in Südmali. Ich glaube nicht, dass es der Konflikt jetzt bis Richtung Süden-Bamako geht, aber sicherlich in Nordmali und auch in Zentralmali und Teilen in Niga, da wird es sicherheit ungemütlicher werden in den nächsten Monaten. Das war Ulf Lessing, erleitet für die Konrad-Adenauer-Stiftung das Regionalprogramm Sahel

und ist in Mali stationiert. Die Konrad-Adenauer-Stiftung steht der deutschen CDU nahe.

Über eine Milliarde Franken gibt die Schweiz in den nächsten Jahren in Ost- und Südeuropa aus, der Schweizer Beitrag für gute Beziehungen mit der Europäischen Union. Davon gehen 90, fast 90 Millionen an Ungarn. Die EU hingegen hat Gelder für Ungarn eingefroren und auch Norwegen hat sich nach einem Streit finanziell zurückgezogen aus dem Land. Sowohl der EU als auch Norwegen missfällt das autoritäre Gebaren der ungarischen Regierung gegenüber Nicht-Regierungs-

Organisationen. Warum hat die Schweiz einen anderen Weg gewählt? Dazu die Recherche von Ost-Europa-Korrespondentin Sarah Novotny. Nicht-Regierungs-Organisationen stören die ungarische Regierung. Denn viele NGO arbeiten für Minderheiten, für Asylsuchende oder Homosexuelle,

oft mit Geld aus dem Ausland. Viele stehen für weltweite Vernetzung und sogenannte Regenbogenfamilien. Ungarns Regierungschef Viktor Orban aber will das Gegenteil. Nationalstadt, traditionelle Familie. Szilard Nemet, Vizesefte-Partei von Viktor Orban, sagte in einer Rede, was die Regierung von NGO hält. Und es geht darum, dass die Organisationen mit allen Mitteln unterdrückt

werden. Ich glaube, sie müssen von hier verschwinden. Auf jeden Fall macht die ungarische Regierung den NGO das Arbeiten schwer, durch Gesetze, durch finanzielle Benachteiligung. Darüber beklagen sich alle NGO in Ungarn. Darüber beklagt sich am Telefon auch Andraschnun. Er ist Chef des Hilfswerks Autonomia, eine mittelgroßen Organisation, die für die Roma-Minderheit arbeitet. Es gibt die Tendenz, nicht Regierungsorganisationen an den Rand zu drängen. Geld bekämen auffällig oft Organisationen, die der Regierung naheständen, Kirchen zum Beispiel. Das Problem dabei sei nicht nur, dass er kein Geld bekommt, sagt Andraschnun. Das Problem sei auch, dass Korruption blühe, wenn niemand die Regierung kontrollieren könne. Und wichtig, oft verschwende die Regierung Geld, wenn sie allein entscheide. Ein Beispiel. Mit EU-Geld wollte Ungarn die 300 ärmsten Roma-Dörfer im Land unterstützen. In diesen Dörfern gibt es einen staatlichen Sozialdienst, dessen Budget ist aber lächerlich. Statt diesen staatlichen Dienst nun mit EU-Geld auszubauen, hat eine regierungsnah Organisation mit dem EU-Geld einen zweiten Parallelservice aufgebaut. Geldverschwendung, sagt Andraschnun. Hätte die Regierung NGO gefragt, die sich auskennt, hätten diese ihr geraten, den staatlichen Sozialdienst zu verbessern. Die EU und Norwegen teilen Andraschnuns Bedenken. Die EU hat Milliarden eingefroren, auch weil sie den Umgang der ungarischen Regierung mit Nichtregierungsorganisationen inakzeptabel findet. Und Norwegen hat sich finanziell ganz zurückgezogen aus Ungarn, weil die ungarische Regierung eine NGO, obwohl bestens geeignet den Zuschlag für ein norwegisches Projekt nicht gab. Die Schweiz aber lässt sich nicht bei ihnen, gibt in den nächsten Jahren fast 88 Millionen Franken aus in Ungarn. Der Brokern ist beim Außendepartement zuständig für den Schweizer Beitrag. Wir haben keine Bedingungen, die erfüllt werden müssen, um mit deinem Land zusammenzuarbeiten. Natürlich gelten aber Prinzipien wie gute Regierungsführungen Transparenz. Gerade plant der Bund zusammen mit der ungarischen Regierung, die Programme und Vorhaben, in die ihr Geld stecken will. Fix ist noch nichts. Aber für der Brokern ist klar, der Vorwurf, die Schweiz unterstütze den zweifelhaften Umgang der ungarischen Regierung mit NGO, indem sie in Ungarn investieren, dieser Vorwurf sei unfair. Wir analysieren ja auch die politische Situation in Ungarn und sehen schon, dass gewisse Rechte aus angeschränkt betrachtet werden können. Und deshalb habe die Schweiz mit Ungarn vereinbart, dass sich alle fachlich geeigneten Organisationen an der Umsetzung der Programme beteiligen können. Es soll also faire Ausschreibungen geben. Überall dort, wo das sinnvoll sei. Zum Beispiel, wenn es um Minderheiten sozial schwacher oder um Berufsbildung geht. Wir haben natürlich schon ganz klar die politische Botschaft auch ausgesendet. Wir möchten alle gleich behandelt sehen, ohne politische Färbung. Tatsächlich schreibt die ungarische Regierung auf Anfrage von Radio SRF, man lege großen Wert auf den Einbezug der Zivilgesellschaft. Für NGO-Chef Andraschnun sind das nur leere Worte. Er sagt, er werde vertrüsted, wann immer er bei der Regierung Nachfrage, wie NGO den Schweizer Beitrag mitgestalten könnten. Ohne

Mitgestaltung

und vertragliche Garantien hätten Nichtregierungsorganisationen wenig Chancen, Schweizer Geld zu bekommen. So bestehre die Gefahr, dass sich die Schweiz von der ungarischen Regierung übertölpeln lasse. Der Burakern vom Außendepartement hat davor keine Angst. Sie lobt die Zusammenarbeit mit Ungarn. Sagt auch, die Schweiz würde Maßnahmen ergreifen,

sollte es nicht laufen wie vereinbart. Sprich, Vorhaben stoppen. Die EU und Norwegen haben sich an Ungarn die Zähne ausgebissen. Die Schweiz hofft, dass sie mit ihrem Pragmatismus weiterkommt. Ein argentinisches Ehepaar, das nach Slowenien auswandert und dort dann unter dem Verdacht für Russland Spionage zu treiben verhaftet wird. Oder ein Brasilianer mit österreichischen Wurzeln, der im griechen Land festgenommen wird. Auch er soll für einen russischen Geheimdienst Informationen beschafft haben. In letzter Zeit gab es immer wieder Meldungen über scheinbar unbescholtene Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Nationalitäten, denen Spionage für Russland vorgeworfen wird. Was steckt dahinter? Darüber habe ich mit dem Schweizer Historiker

Adrian Hennig gesprochen. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte der Geheimdienste. Er hat mir

zunächst bestätigt, dass seit dem Ukrainekrieg tatsächlich mehr russische Spione bzw. sogenannte Schläfer aufgefliegen sind. Ja, diese Häufung gab es auf jeden Fall in diesen nun anderthalb Jahren. Seit dem russischen Einmarsch in der Ukraine sind ja mindestens ein halbes Dutzend solcher Fälle bekannt geworden. Und im ganzen Jahrzehnt vor dem Februar 2022 ist mir nur ein einziger Fall bekannt

von einem russischen Schläfer, der in Italien aufgefliegen war. Also diese sehr starke Zunahme von bekannten Fällen, die ist auf jeden Fall Tatsache. Und gibt es eine Erklärung für diese Häufung? Ja, es gibt zwei Erklärungen für diese Häufung. Die eine ist, dass die westlichen Sicherheitsbehörden, westlichen Nachrichtendienste nun ein stärkeres Augenmerk auf diese illegale russische

Spionage haben und diese auch schärfer verfolgen, entsprechend schärfer dagegen vorgehen. Die andere

Erklärung wäre auf russischer Seite, dass die russischen Nachrichtendienste als Folge auch des Krieges in der Ukraine und als Folge dessen, dass sehr viele westeuropäische Staaten eine hohe Zahl von als Diplomatenakreditier der russischen Spione ausgewiesen haben, dass sie jetzt quasi aus Ersatz verstärkt auf die Schläfer, auf die unter falschen Identitäten eingesetzten Spionen und dass es durch diese starke Aktivierung von solchen Schläfern, von solchen illegalen Spionen eben jetzt auch zu einer größeren Zahl von Verhaftungen kommt. Meine Vermutung ist, dass es wahrscheinlich eine Kombination von beiden ist. Sie haben es bereits gesagt. Seit Ausbruch des Ukrainekrieges sind bereits 450 russische Diplomaten aus westlichen Staaten ausgewiesen worden. Viele

von ihnen sollen eben unter diplomatischem Deckmantel für Russland spioniert haben. Heißt das, dass damit Russlands Geheimdienste blinde geworden sind? Ja, das ist tatsächlich ein großer Schlag für die russischen Dienste. Diese stark geben auf die Spionage an den Botschaften an Konsolaten durchaus diplomatengetante offizielle Spione gesetzt haben. Diese Massenausweisungen in Europa,

die haben den russischen Diensten auf jeden Fall zugesetzt, weil sie auch sehr gezielt waren.

Also es wurden nicht einfach Diplomaten ausgewiesen, sondern sehr spezifisch eben wichtige Mitarbeiter der Spionagestationen an den entsprechenden diplomatischen Vertretungen, die die Funktionsfähigkeiten dieser Spionagebasen in Europa tatsächlich stark beeinträchtigt haben. Nun, wir haben es eingangs gesagt, vermehrt setzt Russland offenbar jetzt auf diese klassischen Schläferzellen. In den meisten Fällen sind es nicht russische Staatsangehörige. Weshalb?

Ja, weil die natürlich weniger verdacht erregen. Das ist eine lange Diskussion, gerade auch im russischen, sogar bereits im sowjetischen Schläferprogramm vor einigen Jahrzehnten, soll man russische Staatsbürger einsetzen. Der Vorteil ist natürlich, dass die eher loyal sind. Die statistisch gesehen läuft man mit russischen Staatsbürger eine geringere Gefahr, dass die dann überlaufen. Aber der Nachteil ist natürlich, dass sich weniger gut als zum Beispiel westeuropäische oder amerikanische Staatsbürger ausgeben können, dass sie als Russinnen eher eben verdachte Regen in ihren Zielländern. Und deshalb gibt es eine Tradition, die in die Sowjetunion zurücklegt, dass man eben nicht russische Staatsbürger rekrutiert für Schläferaufgaben. Wenn wir uns ganz konkret die Arbeit dieser Schläfer anschauen, welche Art von Informationen können diese getarnten Normalbürgerinnen und Bürgern Russland überhaupt beschaffen? Das kommt natürlich sehr darauf an, was für eine falsche Identität sich ein solcher Schläfer angelegt hat oder ein solcher illegaler, mit welcher Mission er geschickt wird, in welchem Umfeld er sich bewegt. Am Einfall der Bekrankungen ins

letztes Jahr betraf einen Politikwissenschaftler, der eingeschleust wurde, an die Nordische Universität Trömsow in Norwegen. Der sollte Informationen über die norwegische Sicherheitspolitik in der Arktis beispielsweise dann so aufklären. Dann gibt es Schläfer, die versuchen, über persönliche Kontakte beispielsweise ins Umfeld von hohen Politikern zu kommen. Ein russischer Schläfer in den USA, der 2010 aufgefliegen ist, hatte Kontakte zu einem persönlichen Freund, der damaligen amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton geknüpft. Das kann sehr unterschiedlich

sein und kommt dann wirklich darauf an, wer der Schläfer ist, mit welcher falschen Identität ausgerüstet wird. Ganz grundsätzlich, wie wichtig ist eigentlich heute im Zeitalter von Internet und Hacking die physische Spionage überhaupt noch? Ja, das ist eben ein großer Irrtum, dass die nicht mehr oder kaum mehr nötig sein im Zeitalter von Cyberangriffen. Tatsächlich ist die klassische menschliche Spionage, das sogenannte Human Intelligence immer noch sehr, sehr wichtig, auch für die russischen Dienste beispielsweise gerade im Bereich der Wissenschafts- und Technologiespionage. Die läuft sogar nach wie vor weitgehend eben über traditionelle menschliche Quellen. Fast jeder Staat verfügt ja über Geheimdienste, nicht nur Russland. Wie arbeitet Russland im Vergleich zum Beispiel mit den USA oder Großbritannien? Gibt es da Unterschiede?

Das einmal eins der Spionage, die Gesetze der Spionage, die sind grundsätzlich dieselben, ob jetzt davon amerikanischen oder russischen Diensten sprechen. Was man aber sicher sagen kann, ist die russischen Dienste seit 2014 ungefähr seit der Zunahme der geopolitischen Spionage und noch viel stärker seit der Eskalation des Krieges in der Ukraine im vergangenen Jahr. Die russischen Dienste sicherlich sehr, sehr risikoreiche Operationen durchführen, dass das Tempo auch der

Operationen sehr, sehr hoch ist und dass das teilweise dann auch auf die Qualität oder auf die Absicherung dieser Operationen geht. Also hier gibt es sicher einen Unterschied. Die russischen Dienste sind im Prinzip in einem Kriegsmindset. Im Moment sie sehen sich in einem existenziellen Kampf um den Platz von Russland in der Welt und das lässt sie sehr hohe Risiken eingehen, auch sehr aggressive Operationen durchführen und da unterscheiden sie sich sicher derzeit auch von

den westlichen Geheimdiensten. Sagt der Schweizer Historiker und Geheimdienstfachmann Adrian Henny.

Um die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine geht es auch im nächsten Beitrag.

Konkret um die Auswirkungen des Krieges auf die Stadt Odessa. Die ukrainische Hafenstadt am Schwarzen Meer wird immer wieder von russischen Raketen angegriffen, mit weitreichenden Folgen.

Der Hafen ist geschlossen, die Touristen bleiben weitgehend weg. Viele Bewohnerinnen und Bewohner

bleiben aber trotzdem. Das zeigt die Reportage von Auslandredaktor David Nauer aus Odessa.

Das Ibiza ist eine Institution in Odessa. Ein Strandklub direkt am Meer. Hier liegen normalerweise tagsüber die schönen und reichen an der Sonne. Nachts wird wild gefeiert, getrunken,

geflörtet, getanzt. An diesem Abend aber wirkt das Ibiza troßlos. Kaum ein Mensch ist da. Die Bessetrönen über die leere Tanzfläche, über den geschlossenen Pool und die verweisten Liegestühle rüber zum Meer. Der Krieg hat diesen Ort über Borden der Lebensfreude in eine Ödnis verwandelt.

Odessa ist eigentlich eine Perle am Schwarzen Meer. Die Altstadt gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Rund eine Million Menschen leben hier, unterschiedlichster Herkunft. Neben Ukrainer und Russen ist

Odessa auch Heimat für viele Juden, Armenier, Rumänen. Lingua franca in Odessa ist seit jeher russisch. Doch Russland ist nun der Feind. In der Kathedrale von Odessa feiert ein einsamer Priester einen Gottesdienst. Nur die Kapelle im Keller kann derzeit ohne Gefahr benutzt werden. Die Kirche selbst ist im Juli von einer russischen Rakete schwer beschädigt worden.

Ich war zu Hause, es gab Raketenalarm und dann hörte ich eine laute Explosion, erzählt Vater Miroslav. Ich fuhr sofort los und war aus einer der ersten vor Ort. Überall lagen Trümmer, ein Teil des Kirchenschiffs brannte. Ich wollte mit einem Feuerlöscher die Flammen bekämpfen, aber das war aussichtslos. Deswegen rettete ich, was zu retten war. Vater Miroslav steht in der zerstörten Kathedrale. Das Dach hat große Löcher, das regnet rein. Prächtige

Goldordnamente

verkohlt, Fresken von Raketen, Splittern verunstaltet, ein paar Säulen stehen bedrohlich schief. Unbeschadet

und überlebt dagegen hat die Kasperska Ikone der Mutter Gottes, die Schutzpatronin von Odessa.

Ich habe die Ikone selbst rausgetragen, sie blieb unbeschädigt und das ist ein wahres Wunder, denn sie lag im Epicentrum der Explosion. Der Angriff auf die Kathedrale von Odessa ist doppelt verständlich. Das Gotteshaus gehört zu ukrainisch orthodoxen Kirche, die lange den Patriarchen von Moskau unterstand. Die Russen haben also quasi ihre eigenen Glaubensbrüder angegriffen. Wie steht Vater Miroslav zu dieser Verbindung seiner Kirche nach Russland?

[Transcript] Echo der Zeit / Korruptions-Verdacht bei der Ruag

Christen sollen nicht töten, Christen sollen den Frieden predigen. Mit Kriegsbeginn haben wir sämtliche Kontakte abgebrochen zu denen, nach denen sie gefragt haben. Der Kirchenmann nennt Russland nicht einmal beim Namen aus Werdersland, der Teufel. Dabei hat Odessa russische Wurzeln.

Die Stadt wurde 1794 von Tsarini Katarina der Großen gegründet. Der Kreml erhebt deswegen bis heute Anspruch auf Odessa. Eine Eroberung der Stadt war zu Beginn des Krieges ein wichtiges Ziel

der Russen gewesen, scheiterte aber. Nun mit ihren Angriffen haben sich die Russen sämtliche Sympathien verspielt. Mit jeder Rakete, mit jedem Luftalarm wächst unser Hass auf alles, was aus Russland kommt, sagt Hennadi Trukhanov, der Bürgermeister von Odessa. Er selbst ist ein gutes Beispiel für den Stimmungswandel in der Stadt. Trukhanov war einst Politiker der pro-russischen Partei der Regionen. Nun muss er sich mit den Folgen der russischen Angriffe auseinandersetzen. Ich war vor unserem Interview gerade in einem Wohnhaus, das von einer russischen

Rakete getroffen wurde. Die Leute haben alles verloren. Wir müssen jetzt die Trümmer wegräumen und den Betroffenen eine Unterkunft organisieren. Der Krieg hat Odessa eine neue Welle des Patriotismus gebracht. Auf den Straßen hört man so viel ukrainisch wie wohl nie in der Geschichte der Stadt. Doch Optimismus strahlt Odessa keinen aus. Seit Kriegsbeginn steht der Hafen so gut wie still,

weil Russland ihn mit Kriegsschiffen blockiert. Und Touristen sind kaum unterwegs. Das kann auch die Mitglieder bestätigen, der in der zentralen Fußgängerzone einen Kaffee-Stand betreibt.

Mit jedem Angriff habe ich weniger Kunden. Manche getrauen sich wohl nicht mehr aus dem Haus, andere verlassen die Stadt. Und Touristen? Ach, das können sie gleich vergessen.

Woher sollen die denn kommen in diesen Zeiten? Viele Odessiten wollen dennoch bleiben.

So etwa die Familie von Geli, die ein kleines Hotel betreibt. Die Frau mit aus erbetschanischen Wurzeln sitzt auf der Hotelterrasse und erzählt.

Früher hatten wir viele Touristen. Doch die kommen seit Kriegsbeginn nicht mehr.

Nun wohnen Journalisten und Geschäftsleute bei uns. Dazu kommen manchmal Flüchtlinge aus anderen

Teilen der Ukraine. Überhaupt, sagt Geli, sei die Solidarität in der Stadt sehr groß gewesen, vor allem bei Kriegsbeginn. Aber inzwischen haben viele Leute selbst nicht mehr genug.

Die Reserven sind aufgebraucht. Jeder muss auch schauen, dass er, dass seine Familie durchkommt.

Der Krieg dauert schon eineinhalb Jahre. Bei jedem Luftalarm gerät Geli in Sorge.

Und ihre Kinder, ihre Familie, das Hotel, das zählt an den Kräften.

Wir leben von einem Tag zum nächsten. Ich hoffe auf Frieden.

Ich hoffe so sehr, dass dieser Krieg bald endet.

Sagt Geli und wischt sich drinnen aus dem Gesicht.

Das war die Rapportage von David Nauert zum Schluss dieser 6. Zeit, am Mittwoch, dem 23. August, mit Redaktionsschluss um 18.41 Uhr.

Verantwortung für die Sendung ist Lukas Schneider.

Für die Nachrichten Mario Sturni, mein Name Matthias Kündig.

Das war ein Podcast von SRF.

Copyright WDR 2021